



Schleswig-Holsteinischer Landtag
Innen- und Rechtsausschuss
- L 215 -

Kiel, 1. März 2012
Landeshaus
Tel. (0431) 988 1141
(0431) 988 1152
Fax (0431) 5300 4 1180
Innenausschuss@landtag.ltsh.de

K u r z b e r i c h t

über die

*87. Sitzung des **Innen- und Rechtsausschusses***

*am Mittwoch, dem 29. Februar 2012,
im Sitzungszimmer 142 des Landtages*

Beginn: 13:50 Uhr

Nach einer kurzen Vorstellung des neuen Beauftragten für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen des Landes Schleswig-Holstein beim Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages, Stefan Schmidt, beschäftigte sich der Ausschuss erneut mit der **Unterbringungssituation von Asylsuchenden in den Kreisen und kreisfreien Städten in Schleswig-Holstein**, [Umdruck 17/2463](#), unter anderem auf der Grundlage von Berichten des Ministeriums für Justiz, Gleichstellung und Integration, des Flüchtlingsbeauftragten und des Flüchtlingsrates Schleswig-Holstein. Er nahm in Aussicht, seine Beratungen in einer seiner nächsten Sitzungen fortzusetzen.

Der Ausschuss nahm weiter Berichte des Ministeriums für Justiz, Gleichstellung und Integration über den **Sachstand zur Schaffung des Aktionsplans „Vielfalt macht stark“** und in einem nicht öffentlichen Sitzungsteil zur geplanten **Abschiebung von Herrn Mourad Djeziri** ([Umdruck 17/3674](#)) entgegen. Hieran schlossen sich jeweils Aussprachen an.

In Übereinstimmung mit den antragstellenden Fraktionen empfahl der Ausschuss dem Landtag, den Antrag der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und DIE LINKE, **Für eine humanitäre Menschenrechts- und Flüchtlingspolitik**, [Drucksache 17/1191](#) (neu), A. und B., für erledigt zu erklären.

Die Ausschussmitglieder kamen überein, zu folgenden Vorlagen eine schriftliche Anhörung durchzuführen und die Anzuhörenden dafür innerhalb einer Woche zu benennen:

- **Menschenrecht auf medizinische Versorgung auch für Menschen ohne Papiere**
Antrag der Fraktionen von DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - [Drucksache 17/2282](#) (neu)
Änderungsantrag der Fraktion der SPD - [Drucksache 17/2313](#)

- **Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg, dem Land Mecklenburg-Vorpommern, dem Land Niedersachsen und dem Land Schleswig-Holstein zur Änderung des Staatsvertrages zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg, dem Land Niedersachsen und dem Land Schleswig-Holstein über die Finanzierung der Zusammenarbeit in der Metropolregion Hamburg und die Fortführung der Förderfonds**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drucksache 17/2219](#)

- **Mädchen und Frauen im Strafvollzug des Landes Schleswig-Holstein**

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE - [Drucksache 17/2135](#)

Der Ausschuss schloss seine Beratungen zum Themenkomplex „Soziale Stadt“ ab. Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW empfahl er dem Landtag, den Antrag der Fraktion der SPD, **Programm „Soziale Stadt“ erhalten**, [Drucksache 17/1366](#), abzulehnen. - Den Bericht der Landesregierung zur **Situation auf dem Wohnungsmarkt in Schleswig-Holstein**, [Drucksache 17/2026](#), nahm er abschließend zur Kenntnis.

Die Ausschussmitglieder empfahlen dem Landtag einstimmig, in den **Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht** betr. verfassungsrechtliche Prüfung der Verweigerung von Antworten auf Kleine Anfragen zu **Einsätzen der Bundespolizei** in Dresden, Berlin, Heilbronn und anderen Orten nach § 11 des Gesetzes über die Bundespolizei, [Umdruck 17/3610](#) (intern), und betr. verfassungsrechtlichen Prüfung der Verweigerung von Antworten auf Kleine Anfragen - **Verletzung von Rechten aus Artikel 38 Abs. 1 Satz 2 und Artikel 2 Abs. 2 Satz 2 Grundgesetz**, [Umdruck 17/3611](#) (intern), keine Stellungnahme abzugeben.

Zum Gesetzentwurf der Landesregierung zum **Staatsvertrag über die Veranstaltung von digitalen terrestrischen Hörfunkprogrammen durch den Norddeutschen Rundfunk (NDR-Digitalradio-Staatsvertrag)**, [Drucksache 17/2229](#), bat der Ausschuss die Landesregierung um Übersendung der von ihr eingeholten Stellungnahmen zum Staatsvertragsentwurf und nahm in Aussicht, in seiner Sitzung am 7. März 2012 über das weitere Verfahren zu beraten.

Zum Bericht der Landesregierung, **Schutz von Frauen und ihrer Kinder vor Gewalt**, [Drucksache 17/2139](#), beschloss er, zunächst die Beratung des mitberatenden Sozialausschusses abzuwarten.

Folgende Punkte verschob der Ausschuss auf seine nächste Sitzung am 7. März 2012:

- **Optionszwang abschaffen**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - [Drucksache 17/253](#)

Änderungsantrag der Fraktion der SPD - [Drucksache 17/286](#)

- **Keine anlasslose Speicherung aller Telefon- und Internetverbindungsdaten**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - [Drucksache 17/1354](#)

Schluss: 17:10 Uhr

gez. Dörte Schönfelder